

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: Die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr. 30.

Dienstag, den 10. März

1903.

Unter Bezugnahme auf den nachstehends abgedruckten Aufruf zur Errichtung einer **König Albert-Gedächtnis-Stiftung** zur Unterstützung von Kranken und Notleidenden erklärt sich die **Königliche Amtshauptmannschaft** bereit, Beiträge behufs Weiterbeförderung an die Haupt sammelstelle entgegenzunehmen.

Schwarzenberg, am 7. März 1903.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**  
Demmering.

### Bitte!

Mit allerhöchster Erlaubnis Seiner Majestät des Königs.

Unauslöschlich ruht in jedem Sachsenherzen die dankbare Erinnerung an König Albert! Tief eingegraben für alle Zeiten steht sein Name auf den Tafeln der deutschen und sächsischen Geschichte als der hervorragende Heerführer, der Mitbegründer deutscher Einheit und als einer der besten, edelsten, gütigsten Fürsten unseres Sachsenlandes. Denkmale in Erz und Stein werden der Nachwelt von der Liebe Seines Volkes Zeugnis geben.

Aber vielen ist es ein Herzensbedürfnis, das Gedächtnis des heimgegangenen Herrschers noch in besonderer Weise zu ehren durch Errichtung einer Stiftung, die den Kranken und Bedürftigen unseres Volkes Heilung und Hilfe in ihrer Not und Bedrängnis gewähren soll.

Die zu solchem Zwecke zu sammelnden Beiträge sollen mit Allerhöchster Genehmigung zu einer

### „König Albert-Gedächtnis-Stiftung“

vereinigt und Ihrer Majestät der Königin-Witwe am 19. Juni 1903, ein Jahr nach dem Tode unseres unvergesslichen Königs, zur freien Verfügung zu Gunsten der von Allerhöchster ihr begründeten Liebeswerke überreicht werden.

### „Brotwucher.“

Das Gruseln überläuft einen, wenn man sich ein schredliches Wort hört wie Brotwucher. Man sieht im Geiste abgezehnte, hungernde Gestalten, denen die bösen Landwirte das Getreide nur zu unerhörten Preisen abgeben wollen. Und doch ist die Geschichte vom Brotwucher nur ein von den Demokraten erfundenes Märchen, das gar keinen wirklichen Hintergrund hat, sondern lediglich zur Verheerung dienen soll. Die Demokraten erzählen es der leichtgläubigen Menge, um sie zum Kampfe gegen die Getreidezölle zu fördern.

Zunächst handelt es sich bei der Erhöhung der Getreidezölle im Zolltarif des Grafen Bülow keineswegs, wie die Demokraten glauben machen wollen, um eine ungeheuerliche, nie dagewesene Mehrbelastung der Brotesser. Im Gegenteil: Für die Hauptbrotfrucht des deutschen Volkes, den Roggen, soll in den nächsten Handelsverträgen der Zoll für den Doppelcentner von 3 1/2 M. auf 5 M. erhöht und damit ein Zolltag wieder hergestellt werden, der volle drei Jahre bereits in Kraft war und für den der ärmern Bevölkerung durch Steuer-Erleichterungen und sozialpolitische Fürsorge ein weitgehender Ausgleich gewährt worden ist. Unrichtig ist auch das, was die Demokraten über die Wirkung der Getreidezölle sagen. Da wird z. B. auf Markt und Pfennig ausgerechnet, wieviel Mehrbelastung auf eine Arbeiterfamilie jährlich entfällt, wenn die neuen Lebensmittel-Zölle Gesetz werden. Die Demokraten suchen recht hohe Summen herauszufinden, um gegen die Zollreform aufzuheben. Der vernünftige Arbeiter oder Handwerker aber wird sich durch diese Zahlenkünste nicht verblüffen lassen, sondern sich klar machen und vor Augen halten:

1. Es ist nicht wahr, daß der Brotpreis um den ganzen Betrag der Zoll-Erhöhung steigt: ein Teil des Zolles wird vom Auslande getragen, sonst würde sich ja das Ausland nicht so sehr gegen die Zoll-Erhöhung wehren.

2. Auf den Getreide- und Brotpreis wirkt das Ergebnis der Ernte viel stärker ein als der Zoll. Wir haben schon den 5 Mark-Zoll gehabt, wir haben auch schon andere, starke Steigerungen der Zollsätze erlebt. Im Jahre 1885 wurden die Getreidezölle verdreifacht, und die Preise gingen zurück. Im Jahre 1887 fand eine abermalige Heraushebung dieser Zölle von 3 auf 5 Mark statt, also auf den jetzt festgesetzten Satz, und die Preise stiegen keinen Pfennig. Wohl aber trat der glänzende, wirtschaftliche Aufschwung ein, dessen Wirkungen wir noch heute dankbar empfinden. Zu keiner Zeit sind das Getreide und das Brot so billig gewesen, wie in den letzten zehn Jahren — trotz der Zölle. Dagegen haben wir unter der Herrschaft des Freihandels in den siebziger Jahren Hungersnöte und hohe Brotpreise gehabt.

3. Die Getreidepreise haben die Neigung zu sinken. Das hat sogar der sozialdemokratische Abgeordnete Schippel, der jetzt auch gegen die Getreidezölle wühlet, zugegeben, indem er auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stuttgart im Jahre 1898 wörtlich sagte: „Um so viel teurer ist das Brot durch die Getreidezölle gar nicht geworden; die Getreidepreise auf dem Weltmarkt sind so heruntergegangen, daß wir heute trotz des Zolles noch ebenso billige und billigere Getreidepreise im Durchschnitt haben wie damals.“ Die Zoll-Erhöhung wird also, zumal da sie sich auf der mittlern Linie bewegt, höchstens zu einer Abschwächung der Verbilligung, aber nicht zu einer Verteuerung führen.

4. Der Mann aus dem Volke muß nicht nur auf die Ausgabebeite seines Haushaltungsbuches sehen, sondern auch die

Einnahmen ins Auge fassen. Ob der Arbeitslohn hoch oder niedrig ist, ob er feste Arbeit hat oder bald hier, bald dort sich den Brotverdienst suchen muß, ob auf seiner Werkstelle regelmäßig weitergearbeitet wird, oder ob Feierschichten und dergleichen eingelegt werden, das fällt viel schwerer ins Gewicht, als die kleine Erhöhung der Brotpreise, die möglicherweise eintreten kann. Die Höhe der Brotpreise kann dem Arbeiter gleichgültig sein, wenn er nur gute dauernde Arbeit hat und die Löhne den Brotpreisen folgen.

Diese Vorteile bringt in Deutschland die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit mit sich, die von der Sozialdemokratie als „Brotwucher“ in gehässiger Weise verdächtigt wird.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. An diesem Montag morgen waren 15 Jahre vergangen, seit der erste deutsche Kaiser des neuen Reiches das milde Herrscherauge schloß, seit die Zügel der Regierung den nimmermüden Händen Wilhelms des Großen entfielen. Ein reiches, gottbegnadetes Fürstenleben hatte sein Ende gefunden. Was unser Volk an dem heimgegangenen Kaiser besessen hat, weiß und fühlt es selbst am besten. Seine Taten und Eigenschaften haben ihm in allen Herzen ein Denkmal errichtet, das die Kunstwerke weit überstrahlt, mit denen sich viele Städte, um sein Gedächtnis zu ehren, geschmückt haben.

Bei der immer größeren Zersplittertheit, welche sich unter den bürgerlichen Parteien funkt, verdienen folgende Erinnerungen um so mehr Beherzigung: Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1898 sind im ganzen von 11 441 094 Wahlberechtigten 7 752 693 gültige Stimmen abgegeben worden. Es haben also rund dreiunddreiviertel Millionen Wähler von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht. Jeder gewissenhafte Mann aber muß heutzutage die Ausübung des Wahlrechts als eine staatsbürgerliche Pflicht erachten. Leider muß man in dieser Beziehung auf das gute Beispiel der Sozialdemokratie verweisen. Sie hat vor fünf Jahren eine Stimmenzahl von 2 107 076 zusammengebracht, das ist über ein Viertel sämtlicher abgegebenen Stimmen, aber noch lange nicht ein Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten. Die Sozialdemokraten kräftigen sich damit, daß sie diesmal mindestens den dritten Teil sämtlicher gültigen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigen wollen. Zu diesem Zwecke stellen sie in allen Wahlkreisen, auch in völlig aussichtslosen, Mandatsbewerber auf. Sie wollen mit einer möglichst hohen Wahlstimmenziffer der Welt weismachen, ihr Anhang repräsentiere den dritten Teil aller deutschen Staatsbürger. Seit dem Jahre 1890 sind die Zeiten für die Sozialdemokratie ungewöhnlich günstige geworden. Unter dem Sozialistengesetz im Jahre 1887, wo bei den Kartellwahlen die bürgerlichen Parteien allerdings außerordentliche Anstrengungen machten, zählte die Sozialdemokratie noch 763 100 Wahlstimmen. Im Jahre 1890 erreichte 1 893 1 786 700 und 1898 endlich 2 107 100. In der Zeit von zwölf Jahren hat sich also die sozialdemokratische Stimmenzahl fast verdreifacht. Diese Tatsache enthält doch wahrlich die ernsteste Mahnung!

— Köln, 7. März. Einem Brüsseler Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ zufolge wird in Oiron nächstehenden Kreisen aufs bestimmteste versichert, daß kein wahres Wort an den Meldungen von dem Abbruch der Beziehungen der Prinzessin Luise zu Oiron sei. Letzterer werde sich noch vor Ende August Schwiegerjohn des Herzogs von Tokkana nennen. Falsch seien auch die Nachrichten von Abmachungen zwischen der Prinzessin Luise und ihren

Indem wir auf solche Weise das Gedächtnis König Alberts ehren, helfen wir die Erfüllung der Lebensaufgabe Seiner hohen Gemahlin, werktätige Menschenliebe zu pflegen, fördern und für die Zukunft sicherzustellen. Auch der Erfüllung des vielfach kundgegebenen Wunsches in diesen für unser Land so schweren Tagen der Treue und Anhänglichkeit an unser Königshaus einen sichtbaren Ausdruck geben zu können, zeigt sich hier ein Weg.

Mögen sich, das erbitten wir, in allen Teilen unseres Landes freundliche Mithelfer finden, die das Werk des Sammelns soweit nötig unter Bildung von Ortsausschüssen in die Hand nehmen, und möchten dann in treuem, dankbarem Gedenken an den über alles geliebten König der „König Albert-Gedächtnis-Stiftung“ namhafte und zahlreiche Gaben für die Armen und Hilfsbedürftigen zustellen.

Die **Sächsische Bank** mit ihren Filialen hat sich bereit erklärt, als **Haupt-sammelstelle** tätig zu sein.

### Der Landesauschuß.

Die in Gemäßheit von § 9 Absatz 1 Ziffer 3 des Reichsgesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in der Fassung vom 24. Mai 1898 — Reichsgesetzblatt Seite 361 f. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise der Hauptmarktorte des hiesigen Regierungsbezirks im Monat Februar d. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirten im Monat März dieses Jahres an Militärpferde zur Verabreichung gelangende Marschfourrage beträgt:

für je 50 kg Hafer 8 M. 40 Pf.  
" " " " Heu 6 " 56 "  
" " " " Stroh 3 " 68 "

**Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**

am 7. März 1903.

J. A.: **Dr. Jani**, Bezirksassessor.

Fr.

Eltern und dem sächsischen Hofe, wonach sie gegen das Versprechen, das zu erwartende Kind dem Kronprinzen auszuliefern, die Erlaubnis erhalten solle, ihre Kinder im Sommer wiederzusehen. Im Gegenteile werde die Prinzessin noch vor Ende des Monats Lindau verlassen, um den „Nachstellungen“ des sächsischen Hofes zu entgehen. Die Prinzessin werde sich nicht nach Schladenerwert in Oesterreich zurückziehen, sondern ins Ausland gehen, wo sie für ihre „Mutterrechte“ Schutz findet.

— Oesterreich-Ungarn. Nach einer Meldung des „N. W. Tagl.“ wird König Georg von Sachsen dem Kaiser Franz Josef im Monat April einen mehrtägigen Besuch abstatten. Anlässlich dieses Besuchs werden große Hof-festlichkeiten vorbereitet, darunter ein théâtre paré. Der Empfang des Königs wird besonders festlich und herzlich gestaltet werden zum Beweise, daß die Beziehungen zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem sächsischen Hofe durch die jüngsten Ereignisse in keiner Weise getrübt werden konnten.

— Rußland. Finanzminister v. Wittes Bericht über seine sibirische Reise wird jetzt in russischen Blättern veröffentlicht. Er ist an den Kaiser gerichtet, und verweist dementsprechend mit Enthusiasmus bei den Verdiensten des Zaren und seiner Vorgänger um den Bahnbau. Auch wird die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens hervorgehoben. Daneben muß aber auch von den Opfern, die Rußland gebracht hat, die Rede sein. „Es ist“, so sagt darüber Witte, „nicht zu leugnen, daß diese Opfer wirklich groß und schwer für die russischen Finanzen waren. In einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum mußte der Staatsschatz zum Bau des eigentlichen Sibirischen Schienenweges zusammen mit der Sibirischen Ostbahn, der Perm-Kotlas- und der Seltzerinburg-Tscheljabinsk-Linie und allen Hilfsunternehmen 758 955 907 Rubel verausgaben, wobei die Gesamtkosten des ganzen Unternehmens zusammen mit den Ausgaben für die Baikal-Ringsbahn eine Milliarde Rubel erreichen werden. Doch sind hiermit natürlich die Ausgaben des Staates nicht erschöpft, da der Bahnbau viele Nebenkosten nach sich gezogen hat, die in der Verstärkung der Administration und der Militär-Streitkräfte in dem östlichen Grenzgebiet, der Vergrößerung der Flotte im Stillen Ozean, dem Bau von Häfen u. s. w. zu Tage traten. Es liegt daher nichts Erstaunliches darin, daß der Bau der Sibirischen Bahn sehr lange namentlich wegen Ermüdgungen sibirischen Charakters hinausgeschoben wurde, und daß solche hervorragende Staatsmänner, wie die ehemaligen Finanzminister Bunge und Wschnegrawski, es nicht wagten, den Staatsschatz mit dieser Bürde zu belasten.“ Der Minister weist aber auch auf die Notwendigkeit hin, mit Kolonisation des Landes noch sehr viel weiter, als bisher geschehen ist, zu gehen. Erst seit der Mitte der neunziger Jahre sei in den maßgebenden Kreisen die Ansicht durchgedrungen, daß man in der Bauern-Ubersiedelung keine besondere Gefahr sehen müsse, und daß das Bestreben der Regierung nur darauf gerichtet sein müsse, daß die Ubersiedelung mit mehr Bewußtsein erfolge und eine vollständig geregelte Organisation erhalte. Seitdem wuchs die Zahl der Einwanderer; jährlich etwa 200 000 Seelen. Allerdings, die zweimalige Getreide-Misernte, die Sibirien in den letzten zwei Jahren heimfachte, zog ein gewisses Zurückgehen der Ubersiedelung nach sich, doch ist es unzweifelhaft, daß die erste günstige Nachricht über eine reiche Ernte in den Gebieten Sibiriens die jährliche Ubersiedlerzahl wieder auf die frühere Norm zurückführen wird. Doch auch diese Dimension der Ubersiedelungs-Bewegung entspricht weder dem tatsächlichen Bedürfnis der Existenz-Organisation der landarmen Bauernschaft der inneren Gouvernements, noch dem Bedarf der unermesslichen Gebiete Sibiriens an landwirtschaftlicher Kolonisation.“